

Ortsbeirat Kleinlinden

Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Auskunft erteilt: Frau Braungart
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1075
Telefax: 0641 306-2700
E-Mail: ortsbeiraete@giessen.de

Datum: 04.09.2012

Niederschrift

zur 13. Sitzung des Ortsbeirates Kleinlinden
am Mittwoch, dem 29.08.2012,
im Bürgerhaus Kleinlinden, Gruppenraum 2 und 3,
Zum Weiher 33, 35398 Gießen-Kleinlinden.
Sitzungsdauer: 20:00 - 21:40 Uhr

Anwesend:

Ortsbeiratsmitglieder der SPD-Fraktion:

Herr Norbert Herlein **Ortsvorsteher**
Herrn Helmut Volkmann

Ortsbeiratsmitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Frau Christiane Janetzky-Klein
Herr Prof. Dr. Frieder Lutz

Ortsbeiratsmitglieder der CDU-Fraktion:

Frau Anja-Verena Helmchen
Herr Winfried Wagenbach

Ortsbeiratsmitglieder der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich

Von der Verwaltung:

Herr Ralf Pausch Dez. II - Koordinierungsstelle für Verkehr, Planung,
Umwelt, Energie -

Für die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte:

Frau Andrea Allamode Stellv. Schriftführerin

Entschuldigt:

Frau Ingrid Kaminski SPD-Fraktion
Frau Claudia Tillmann Fraktion B'90/Die Grünen

Ortsvorsteher Herlein eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Beschlussfassung über die Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung des Ortsbeirates am 20.06.2012
4. Bürgerfragestunde
5. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen
- 5.1. Stellungnahmen der Ortsbeiratsmitglieder zu Antworten des Magistrats OBR/1066/2012
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.08.2012 -
6. Mitteilungen und Anfragen
7. Rampe zwischen Hauffstraße und Brandweg OBR/0960/2012
- Antrag der FDP-Fraktion vom 10.06.2012 -
8. Rampe zwischen Hauffstraße und Brandweg OBR/1063/2012
- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.08.2012 -
9. Abschließbare Schranke am Grillplatz Hellberg OBR/1055/2012
- Antrag der CDU-Fraktion vom 12.07.2012 -
10. Pfosten auf dem Weg zum Grillplatz am Hellberg OBR/1061/2012
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.08.2012 -
11. Anstehendes Parkproblem OBR/1058/2012
- Antrag der CDU-Fraktion vom 01.08.2012 -

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 12. | Bahnarbeiten hinter dem Bahndamm - Antrag des Ortsvorstehers vom 05.08.2012 - | OBR/1059/2012 |
| 13. | Regelung des ruhenden Verkehrs - Antrag der SPD-Fraktion vom 05.08.2012 - | OBR/1060/2012 |
| 14. | Rechtliche Einordnung von Straßen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.08.2012 - | OBR/1065/2012 |
| 15. | Stand der Entwicklung der Baugebiete Riehlweg und Heerweg - Antrag der FDP-Fraktion vom 18.08.2012 - | OBR/1062/2012 |
| 16. | Schäden am Geländer des Fußweges Bacheler - Antrag der FDP-Fraktion vom 18.08.2012 - | OBR/1064/2012 |
| 17. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung

Wurde zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

2. Beschlussfassung über die Tagesordnung

Wurde zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

3. Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung des Ortsbeirates am 20.06.2012

Frau Janetzky-Klein, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt an, dass auch noch die Genehmigung der Niederschrift über die 11. Sitzung des Ortsbeirates ausstehe.

Hierzu merkt **Frau Helmchen**, CDU-Fraktion, an, dass sie dieser Niederschrift mit Verwunderung entnommen habe, dass der Ortsvorsteher die Anweisung gegeben habe, dass der nicht öffentliche Teil nicht protokolliert werde. Da sie

diese Handhabung etwas befremdlich finde, habe sie eine Anfrage an das Rechtsamt der Stadt Gießen gestellt, ob es zulässig ist, eine solche Anweisung zu erteilen und somit ein Tagesordnungspunkt ohne Votum des Ortsbeirates nicht protokolliert wird. Das Rechtsamt habe ihr mitgeteilt, dass die Oberbürgermeisterin das Rechtsamt beauftragt habe, die Angelegenheit zu überprüfen und den Ortsvorsteher aufgefordert habe, eine Stellungnahme abzugeben. Erst danach wird eine Antwort des Rechtsamtes erfolgen, von daher regt sie an, die Genehmigung zurück zu stellen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

So dann fragt **Ortsvorsteher Herlein**, ob es Änderungswünsche zur Niederschrift über die 12. Sitzung gebe.

Herr Dr. Greilich, FDP-Fraktion, merkt an, dass unter TOP 5 - Seite 9 - sein Abstimmungsverhalten zu dem Bereich Theodor-Storm-Weg nicht korrekt wiedergegeben sei. Er habe nicht zugestimmt, sondern er habe dagegen gestimmt. Er bittet, dies zu korrigieren.

Herr Prof. Dr. Lutz, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt an, unter TOP 14 - Verschiedenes - habe Herr Dr. Greilich darüber informiert, dass die Ortsbeiratsmitglieder Kaminski und Janetzky-Klein entgegen ihrem Votum im Ortsbeirat der Änderung der Straßenbeitragssatzung in der Stv.-Versammlung zugestimmt haben. Darauf hin äußerte sich Bürgermeisterin Weigel-Greilich dahingehend, dass sie es nicht in Ordnung finde, dass dies so im Ortsbeirat präsentiert werde. Er bittet um die nachträgliche Protokollierung der Begründung von Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Ortsvorsteher Herlein merkt an, dass laut GO eine wörtliche Protokollierung in der Sitzung bis zum Ende des jeweiligen Tagesordnungspunktes beantragt werden müsse.

Herr Prof. Dr. Lutz entgegnet, es müsste ja keine wörtliche Protokollierung sein, sondern es solle die Begründung inhaltlich kurz zusammengefasst und nachträglich in das Protokoll eingefügt werden.

Ortsvorsteher Herlein äußert seine rechtlichen Bedenken und bittet über das Rechtsamt prüfen zu lassen, ob eine nachträgliche (nach 2 Monaten) stattzufindende Neuformulierung der inhaltlichen Begründung anhand eines mitgeschriebenen Protokolls vorgenommen werden kann.

Nachdem keine weiteren Änderungswünsche zur Niederschrift vorgetragen werden, lässt **Ortsvorsteher Herlein** über die Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung abstimmen: Geändert einstimmig beschlossen.

4. Bürgerfragestunde

Gegenstand der Bürgerfragestunde sind Beschwerden dreier Bürger, zum Thema Verstöße gegen die Geschwindigkeitsbegrenzung in der Wetzlarer Straße. Sie merken an, dass viele Autofahrer die nun erlaubten 50 Stundenkilometer auch im 30er Bereich fahren und nicht selten sogar noch schneller unterwegs seien.

Ein schwerer Unfall, womöglich unter Beteiligung der dort unter der Woche entlanggehenden Schulkinder sei nur eine Frage der Zeit. Sie fordern, verstärkt an dieser Stelle Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen; vor allem nachts werde gerast.

5. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen

Es liegen zu folgenden Anträgen/Anfragen Stellungnahmen des Magistrates vor:

- **Ampel an der Kreuzung Allendorfer Straße/Lützellindener Straße**, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.07.2011, OBR/0278/2011; Schreiben des Magistrats vom 19.06.2012
- **Graben am Grillplatz Hellberg**, Antrag der CDU-Fraktion vom 27.02.2012, OBR/0764/2012; Schreiben des Magistrats vom 20.06.2012
- **Bürgersteige Ecke Katzenbach-, Lützellindener- und Weigelstraße**, Antrag der SPD-Fraktion vom 29.02.2012, OBR/0765/2012; Schreiben des Magistrats vom 21.06.2012
- **Baugebiet Heerweg**, Antrag der FDP-Fraktion vom 08.04.2012, OBR/0810/2012; Schreiben des Magistrats vom 28.06.2012
- **Baugebiet Rhielweg**, Antrag der FDP-Fraktion vom 22.01.2012, OBR/0657/2012; Schreiben des Magistrats vom 28.06.2012
- **Auflösung der Betriebsfläche der Schäferei am Hellberg**, Antrag des Ortsvorstehers vom 06.05.2012, OBR/0879/2012; Schreiben des Magistrats vom 18.07.2012
- **Wiederherstellung des Zaunes vom Normagelände zur Waldweide**, Antrag der SPD-Fraktion vom 09.05.2012, OBR/0884/2012, Hinweis von Frau Heikenwälder in der Sitzung am 20.06.2012 - TOP4.2; Schreiben des Magistrats vom 08.08.2012

- **Tempo-30 Zone Wetzlarer Straße**, Bürgerfragen in der Sitzung am 20.06.2012, TOP 4.4;
Schreiben des Magistrats vom 10.08.2012
- **Flächendeckende schnelle Internetverbindung für Kleinlinden**, Antrag des Ortsvorstehers vom 12.12.2011, OBR/0425/2011;
Schreiben des Magistrats vom 21.08.2012
- **Abrechnung der umlagefähigen Straßenbaukosten der Untergasse in Gießen-Allendorf**;
Schreiben des Magistrats vom 21.08.2012

5.1. Stellungnahmen der Ortsbeiratsmitglieder zu Antworten des Magistrats **OBR/1066/2012**
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.08.2012 -

Antrag:

„Zu Antworten des Magistrates auf Auskünfte, Anfragen und ähnliches bleiben mitunter Fragen offen. Es wird beantragt, dass nach der Verlesung der jeweiligen Antwort eine mündliche Stellungnahme von den Mitgliedern des Ortsbeirates abgegeben werden kann.“

Begründung:

Bisher wurden direkte Stellungnahmen verweigert. Das bedeutet, dass bei unterschiedlicher Auffassung zwischen Antragsteller und Magistrat ein neuer Antrag zu stellen ist. Dadurch zieht sich die Klärung von Fragen lange hin. Durch Anwesenheit eines Mitglieds des Magistrates kann jedoch oft eine schnelle Klärung herbeigeführt werden.

Herr Prof. Dr. Lutz, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet kurz den Antrag.

Auf Anregung des Ortsvorstehers Herlein ändert Herr Prof. Dr. Lutz den Antrag in einen Prüfantrag um, so dass er nun wie folgt lautet:

„Zu Antworten des Magistrates auf Auskünfte, Anfragen und ähnliches bleiben mitunter Fragen offen. Es wird **gebeten zu prüfen, ob** nach der Verlesung der jeweiligen Antwort eine mündliche Stellungnahme von den Mitgliedern des Ortsbeirates abgegeben werden kann.“

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

6. **Mitteilungen und Anfragen**

Herr Wagenbach, CDU-Fraktion, wurde gebeten im Auftrag der Gastwirtin des Bürgerhauses auf die Beschilderung in der Straße Zum Weiher hinzuweisen. Ihr sei gestern ein nachfolgender Pkw auf ihr Auto aufgefahren, nachdem sie in ihre Lieferanteneinfahrt einbiegen wollte. Die Beschilderung mag rechtlich in Ordnung sein, sei aber sehr unglücklich gewählt. Zu Beginn der Straße Zum Weiher wird mit einem Verkehrsschild auf die Tempo 30-Zone hingewiesen, doch glauben die meisten Verkehrsteilnehmer, dass nach der Straße Pfingstweide wieder Tempo 50 erlaubt sei. Zudem werde die Tempo 30-Zone vor dem Parkplatz aufgehoben, er schlägt vor, dass diese erst nach dem Parkplatz endet.

Herr Pausch, Dezernat II - Koordinierungsstelle für Verkehr, Planung, Umwelt, Energie, merkt an, in Kürze werden Geschwindigkeitsmessungen in der Wetzlarer Straße durchgeführt. Schwieriger gestaltet sich das für Messungen in den Abend- bzw. Nachtstunden, weil für diese andere Kriterien gelten wie bei Messungen am Tage. Von daher versuche man, diese Messungen an die Polizei abzugeben.

7. **Rampe zwischen Hauffstraße und Brandweg - Antrag der FDP-Fraktion vom 10.06.2012 -**

OBR/0960/2012

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zum Bau der Rampe zwischen Hauffstraße und Brandweg und insbesondere zu folgenden Fragen zu berichten:

1. Wurde die alte Straßenlaterne im Zuge der Erneuerung der Rampe zwischen Hauffstraße und Brandweg im Auftrag der Stadt rechts oberhalb der Rampe und der Auffahrt zur Brücke im Gestrüpp entsorgt?
2. Ist dieser Entsorgungsplatz als dauerhafte Lösung vorgesehen oder wurde inzwischen oder wird in Zukunft die Laterne an welchem anderen Platz entsorgt werden?
3. Wer trägt die Kosten für eine „Umbettung „ der alten Straßenlaterne an einen anderen Platz?
4. Wer ist/war auf städtischer Seite mit der Bauaufsicht betraut?“

Herr Dr. Greilich, FDP-Fraktion, begründet kurz den Antrag.

Herr Pausch, Dezernat II - Koordinierungsstelle für Verkehr, Planung, Umwelt, Energie, fragt nach, ob er ganz sicher sei, dass die Lampe noch immer dort

liege. Nach der letzten Sitzung wurde umgehend eine Anweisung an die SWG erteilt, dass der entsprechende Subunternehmer die Lampe abholen solle.

Herr Dr. Greilich entgegnet, die Lampe sei noch immer an Ort und Stelle.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

8. Rampe zwischen Hauffstraße und Brandweg OBR/1063/2012
- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.08.2012 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zum Kfz-Verkehr auf der Rampe zwischen Hauffstraße und Brandweg und insbesondere zu folgender Frage zu berichten:

Wie will der Magistrat in Zukunft wirksam verhindern, dass die zur Nutzung durch Fußgänger und Radfahrer gebaute Rampe zwischen Hauffstraße und Brandweg nicht mehr von Kraftfahrzeugen befahren wird?“

Herr Dr. Greilich, FDP-Fraktion, trägt den Antrag vor und begründet ihn.

An der kurzen Aussprache beteiligen sich zudem Herr Prof. Dr. Lutz und Ortsvorsteher Herlein.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

Die Tagesordnungspunkte 9 und 10 werden gemeinsam aufgerufen.

9. Abschließbare Schranke am Grillplatz Hellberg OBR/1055/2012
- Antrag der CDU-Fraktion vom 12.07.2012 -

Antrag:

„Ich bitte den Magistrat der Stadt Gießen über das zuständige Amt dafür zu sorgen, dass am Grillplatz Hellberg oben und unten eine abschließbare Schranke installiert wird.“

Begründung:

Obwohl dieser Weg für Fahrzeuge aller Art gesperrt ist, fahren doch einige PKW mit nicht angemessener Geschwindigkeit durch, auch bei Grillfeiern. Da auch wiederholt auf dem Grillplatz eingebrochen wurde bzw. Verwüstungen und Beschädigungen hinterlassen worden sind, ist es zwingend notwendig zu handeln.

Ja selbst die Polizei fragt, warum haben Sie keine Schranke???

Da die Einbrecher oder andere Verursacher mit dem PKW anwesend sind, kann man mit einer Schranke das ganze deutlich erschweren. Dem Bauer und dem Schäfer kann man einen Schlüssel aushändigen und das Problem ist fast gelöst. Wenn eine Feier auf dem Grillplatz ist, kann die Schranke geöffnet werden bzw. bleiben.

An der Aussprache zu den beiden Anträgen beteiligen sich Herr Wagenbach, Herr Volkmann, Herr Prof. Dr. Lutz und Herr Dr. Greilich.

Ergebnis der Aussprache ist, dass der CDU-Antrag, OBR/1055/2012, wie folgt geändert wird:

*„Ich bitte den Magistrat der Stadt Gießen über das zuständige Amt dafür zu sorgen, dass am Grillplatz Hellberg oben und unten eine **geeignete Durchfahrtsperre** installiert wird.“*

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

**10. Pfofen auf dem Weg zum Grillplatz am Hellberg OBR/1061/2012
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.08.2012 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, auf dem Weg zum Grillplatz – von oben wie von unten – einen Pfofen in der Mitte des Weges zu montieren. Dieser Pfofen sollte nach Gebrauch mit einem Schlüssel (Feuerwehr, Rettungsfahrzeuge etc.) umlegbar sein. Die zwei Landwirte, die Kleinlindener Flächen noch nutzen, sollten ebenfalls passende Schlüssel dafür erhalten.“

Begründung:

Siehe das nachstehende Schreiben von Herrn Gerh Zörb

*„Liebe Vorstandkollegen,
leider hat es wieder einmal einen Einbruch am Grillplatz gegeben. Am gestrigen Abend hat wahrscheinlich eine Gruppe ohne Anmeldung auf dem Grillplatz gefeiert und einige Dinge beschädigt.
Es wurde ein Dachfenster in der Damentoilette zerstört und ein Fensterladen von der Grillhütte beschädigt. Außerdem wurde der ganze Müll unter der Hütte wo früher der Grill stand gelassen. Den Schaden haben wir der Polizei gemeldet und die Kripo hat eine Anzeige gegen Unbekannt aufgenommen. Den Schaden haben wir mit 400,00 € angegeben. Die Kripo hat außerdem Fotos erstellt und einige Gegenstände mitgenommen.
Im Gespräch mit der Beamtin wurden wir gefragt, warum die Straße nicht gesperrt wird mit einer Schranke oder Pfofen, da ja ein Durchfahrtsverbot besteht. Die Beamtin ist der Meinung, dass die Randalierer immer mit Autos kommen und bei einer Sperre das Risiko eines Einbruchs reduziert werden kann. Es wäre schön, wenn sich der Ortsbeirat mit diesem Thema noch einmal auseinandersetzen würde So wie mir bekannt ist, haben*

wir lediglich unseren Bauer Rinn und Schäfer Ise, denen man einen Schlüssel geben kann, damit sie bei Bedarf durchfahren können. Außerdem wäre während der Grillpartys mehr Sicherheit für die Kinder gegeben, da im Moment immer einige Fahrzeuge während der Grillfeier mit überhöhter Geschwindigkeit die Straße benutzen. Gerne bin ich bereit an einer Ortsbeiratssitzung teilzunehmen.“

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung.

**11. Anstehendes Parkproblem OBR/1058/2012
- Antrag der CDU-Fraktion vom 01.08.2012 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten Auskunft darüber zu geben, wo die Bewohner des Hauses Frankfurter Straße, Ecke Katzenbach (ehemals Gaststätte Bella Vista), ihren PKW parken können.“

Begründung:

Da das Haus Frankfurter Straße - Ecke Katzenbach, davon auch betroffen die ehemalige Gaststätte und der Saal, zur Zeit komplett um - bzw. ausgebaut wird. Meine Information ist, dass in dem Haus lauter Wohnungen für Studenten gebaut werden.

Ich hätte jetzt gerne gewusst, wo die vielen neuen Bewohner ihre PKW's parken sollen bzw. dürfen.

An der kurzen Aussprache beteiligen sich Herr Wagenbach und Frau Helmchen.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**12. Bahnarbeiten hinter dem Bahndamm OBR/1059/2012
- Antrag des Ortsvorstehers vom 05.08.2012 -**

Antrag:

„Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet den Magistrat der Stadt Gießen um Aufklärung zu den Bahnarbeiten hinter dem Bahndamm in Gießen-Kleinlinden – in der letzten Juli- u. der ersten Augustwoche 2012 - gemäß den nachfolgenden Fragen:

- Seit wann wusste der Magistrat der Stadt Gießen von den aufwendigen Bahnarbeiten hinter dem Bahndamm?
- Warum wurde seitens des Ordnungsamtes vor dem Beginn der Baumaßnahmen keine Rücksprache mit dem Ortsbeirat zu den Bahnarbeiten und dadurch evtl. bedingten Belästigungen geführt?
- Warum hat das Ordnungsamt dem Betreiber der Baumaßnahme nicht auferlegt, die asphaltierten Straßen hinter dem Bahndamm zur Anlieferung von Baumaschinen,

Baukies und Ablagerungen des alten Gleisbettes zu nutzen?

- Warum hat das Ordnungsamt dem Betreiber der Baumaßnahme nicht mitgeteilt, dass er ohne Zustimmung des Umweltamtes der Stadt Gießen keine angemietete Ackerfläche in diesem Bereich nutzen darf?

Begründung:

Siehe hierzu das Schreiben des Ortsvorstehers Norbert Herlein vom 01.08.2012 an Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich und Frau Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz das nachfolgend aufgeführt wird.“

Frau Janetzky-Klein übernimmt den Vorsitz.

Herr Herlein trägt den Antrag vor und begründet ihn, danach übernimmt er wieder den Vorsitz.

An der Aussprache beteiligen sich Herr Herlein, Herr Dr. Greilich, Herr Prof. Dr. Lutz und Frau Janetzky-Klein.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**13. Regelung des ruhenden Verkehrs
- Antrag der SPD-Fraktion vom 05.08.2012 -**

OBR/1060/2012

Der Ortsbeirat möge als Antrag an die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

In letzten drei Jahren sind die Hilfspolizisten in Gießen aktiv geworden, um das verbotswidrige Parken auf dem Bürgersteig gemäß § 12 StVO zu ahnden. Das ist keineswegs zu beanstanden, auch wenn auf dem Bürgersteig noch genügend Platz für Fußgänger – auch mit Kinderwagen – vorhanden ist. Gleichwohl führt die Vorgehensweise des Ordnungsamtes zu einer Verunsicherung vieler Verkehrsteilnehmer, weil beim „korrekten“ Parken auf engen Straßen der fließende Verkehr behindert werden könnte.

„Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen und zu berichten, ob er es für angebracht oder fallweise sogar für notwendig hält, in Anbetracht der begrenzten Parkmöglichkeiten in den Stadtteilen vermehrt das Verkehrszeichen Z 315 (z.B. 315-55 längs halb auf rechtem Gehweg) aufstellen zu lassen, damit einerseits weiterhin ausreichend Parkmöglichkeiten bestehen, andererseits aber auch dem fließenden Verkehr Rechnung getragen wird. Sofern erforderlich und/oder zweckmäßig, könnte zusätzlich zur Beschilderung eine weiße durchgezogene Linie auf dem Bürgersteig markieren, wieweit der Bürgersteig zum Parken genutzt und welcher Abstand zu Häusern bzw. Zäunen/Mauern zu halten ist.

Auch müsste ein Parksystem mit einem Wechsel der Fahrseite, mit aufgeklebten Markierungen auf einem Teil der Straße eingeführt werden. Dies bedeute, dass ein

eingeschränktes Haltverbot eingerichtet wird und das Parken dann nur noch in den markierten Flächen erlaubt ist.

Im Bereich des Wechsels der Parkseite müsste der Abstand zwischen den Parkflächen so ausgelegt sein, dass auch Lkw (Feuerwehr, Müllabfuhr und große landwirtschaftliche Fahrzeuge) problemlos durchkommen.

Für den Stadtteil ist ein Parksystem zu erarbeiten, dass dem Ortsbeirat zur Abstimmung vorgelegt werden muss. Wir erwarten dass die entsprechenden Informationen dem Ortsbeirat bis zum Jahresende zugegangen sind.“

Begründung:

In vielen Straßen der Stadtteile von Gießen – und selbstverständlich auch in Gießen-Kleinlinden - parken Pkws mit 2 Reifen auf dem Bürgersteig ohne Behinderung von Fußgängern, auch wenn diese z.B. Kinderwagen oder Rollatoren benutzen, vor allem auch dann, wenn das Parken in beiden Fahrtrichtungen erlaubt ist. Würden sich die parkplatzsuchenden Autofahrer aber „korrekt“ verhalten (alle Reifen auf der Fahrbahn), wäre häufig der fließende Verkehr behindert. Zwar ist das Halten an engen und an unübersichtlichen Straßenstellen unzulässig (§ 12 Abs. 1 Ziff. 1 StVO), jedoch ist es für die Verkehrsteilnehmer schwierig, die Situation richtig einzuschätzen, weil das Parken an den fraglichen Stellen jahrelang nicht beanstandet wurde. Im Interesse der beteiligten Verkehrsteilnehmer und zur Aufrechterhaltung der bisher ohne Probleme genutzten Parkmöglichkeiten sollte daher vermehrt von dem hier erwähnten Verkehrszeichen und von wechselseitigen Parkflächen in den Stadtteilen Gebrauch gemacht werden, auch wenn dadurch zusätzliche Kosten entstehen. Der eingangs geschilderte Sachverhalt begünstigt zwar die Stadtkasse, benachteiligt aber – ohne konkreten Anlass – die Verkehrsteilnehmer. Deshalb sollten Maßnahmen der vorgeschlagenen Art nicht an den Kosten scheitern.

Herr Volkmann begründet für die SPD-Fraktion den Antrag.

An der Aussprache beteiligen sich Herr Dr. Greilich, Frau Janetzky-Klein, Herr Wagenbach, Frau Helmchen, Herr Prof. Dr. Lutz und Herr Herlein (nachdem Frau Janetzky-Klein den Vorsitz übernimmt).

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, FDP, 1 GR; StE: 1 GR).

**14. Rechtliche Einordnung von Straßen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
17.08.2012 -**

OBR/1065/2012

Antrag:

„Es wird ein Bericht darüber erbeten, ob und welche Möglichkeiten bestehen, die Allendorfer Str. nach der Kreuzung mit der Lützellindener Str. als innerstädtisches Gebiet auszuweisen.“

Begründung:

Durch die Einordnung als außerstädtisches Gebiet beträgt die erlaubte Geschwindigkeit für Kraftfahrzeuge auf der Strecke zwischen der Frankfurter Str. und der Einfahrt in Allendorf 70 km/h.

Die Allendorfer Straße zwischen der Kreuzung mit der Lützellindener Str. und Allendorf ist mit Haltestelle der Linie 1 und den Häusern von Niebergall- und Riehlweg auf der einen Seite und mit den Häusern vom Heerweg aus quasi städtisches Gebiet geworden. Durch die Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes, von Gewerbe und einer Betreuungseinrichtung im Heerweg mit einer Zufahrt nur über die Allendorfer Str. ist ein hohes Verkehrsaufkommen entstanden.

Die 70 km/h-Grenze verleitet dazu, in der Praxis diese Grenze oft weit zu überschreiten und damit sowohl die Schulkinder als auch die Fußgänger zu den Einrichtungen zu gefährden. Dies wird besonders deutlich, wenn die an der Kreuzung mit der Lützellindener Str. installierte Ampel grün anzeigt.

Mit der Umsetzung des Baugebietes Allendorf Nord „Am Ehrsamer Weg“ in den nächsten Jahren wird die Allendorfer Straße auch in ihrem hinteren Teil als städtisches Gebiet einzuordnen sein.

Herr Prof. Dr. Lutz, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet kurz den Antrag.

An der Aussprache beteiligen sich Frau Helmchen, Prof. Dr. Lutz, Dr. Greilich und Herr Pausch.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**15. Stand der Entwicklung der Baugebiete Riehlweg und Heerweg
- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.08.2012 -**

OBR/1062/2012

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zum Stand der Entwicklung der Baugebiete Riehlweg und Heerweg und insbesondere zu folgenden Fragen zu berichten:

1. Wie viele Baugrundstücke umfasst das Baugebiet Riehlweg und wie viele gehörten vor der Bebauung der Stadt?
2. Wie viele Bauanträge bzw. wie viele Baugenehmigungen wurden im Baugebiet Riehlweg bislang insgesamt gestellt bzw. erteilt und wie viele Grundstücke sind dort bislang nicht bebaut?
3. Wann wurden die letzten Bauanträge in den Baugebieten Riehlweg und Heerweg gestellt?

4. Ab welchem absoluten oder prozentualen Anteil von genehmigten Bauanträgen sieht der Magistrat die Baugebiete Riehlweg und Heerweg als so „überwiegend“ bebaut an, dass die teilweise bereits seit über zehn Jahren von den Anliegern bezahlten Erschließungsanlagen ausgebaut und fertig gestellt werden können und wann wird dieser Zustand der „überwiegenden“ Bebauung unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklung der Baugebiete voraussichtlich erreicht sein?“

Herr Dr. Greilich, FDP-Fraktion, begründet den Antrag.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

**16. Schäden am Geländer des Fußweges Bacheler
- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.08.2012 -**

OBR/1064/2012

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass die restlichen noch vorhandenen Schäden am Geländer des Fußweges vom Bacheler zum Gebiet hinter der Markwaldsiedlung beseitigt werden.“

Begründung:

Auf meinen Antrag vom Januar 2012 wurde dankenswerterweise ein Teil der Schäden am Geländer des Fußweges vom Bacheler zum Gebiet hinter der Markwaldsiedlung beseitigt.

Leider wurde die Reparatur nur unvollständig durchgeführt.

Damit dieser Fußweg wieder von Naherholung suchenden - auch älteren – Bewohnern des Märchenviertels gefahrlos genutzt werden kann, wird der Magistrat gebeten, dafür zu sorgen, dass die dort noch vorhandenen restlichen Schäden am Holzgeländer beseitigt werden.

Dafür besteht nur ein geringer personeller und materieller Aufwand.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

17. Verschiedenes

17.1. Bogensportgelände Schützenclub (SC) Roland

Herr Prof. Dr. Lutz, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt nach dem aktuellen Sachstand zum Thema Bogensportgelände Schützenclub (SC) Roland.

17.2. Rückschnitt von Bäumen

Herr Prof. Dr. Lutz, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, weist darauf hin, dass es an der Zeit sei, dass in Kleinlinden die Bäume zurückgeschnitten werden, viele Straßenlaternen und Ampelanlagen seien verdeckt.

17.3. Nahverkehrsplan

Frau Janetzky-Klein, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt an, dass die Stadt gerade dabei sei, den Nahverkehrsplan zu überarbeiten. Als Ortsbeirat habe man die Möglichkeit, Anregungen und Vorschläge zu bündeln und an die Stadt weiterzuleiten, damit diese Berücksichtigung in der Vorplanung finden. Sie schlägt vor, dass sich die Fraktionen hierzu abstimmen und gemeinsam entsprechende Vorschläge, Anregungen usw. an den Magistrat weiterleiten. Dieser Vorschlag findet Zustimmung.

17.4. Pflege der Grünflächen in Kleinlinden

Ortsvorsteher Herlein merkt an, dass die Grünflächen in Kleinlinden insgesamt kein schöner Anblick seien. Etliche Bürger haben ihn bereits darauf angesprochen. Er wünscht sich, dass die Stadt mehr Augenmerk auf die Pflege der gesamten Grünflächen lege.

17.5. Schlecht einsehbares Tempo 30 Schild in der Wetzlarer Straße

Ortsvorsteher Herlein merkt an, dass das Tempo 30 Schild in der Wetzlarer Straße nicht für Autofahrer sichtbar sei, die aus der Straße Zum Weiher rechts in die Wetzlarer Straße abbiegen.

17.6. Hundekottütenspender

Ortsvorsteher Herlein zeigt sich erfreut, dass an der Rampe zwischen Hauffstraße und Brandweg entsprechende Hundekottütenspender aufgestellt wurden. Es wäre schön, wenn diese Tütenspender auch an anderen Stellen in Kleinlinden aufgestellt werden.

17.7. Boulemöglichkeit auf dem Gelände des TSV Kleinlinden

Ortsvorsteher Herlein informiert, dass dienstags ab 18:30 Uhr auf dem Gelände des TSV Kleinlinden eine Boule Möglichkeit besteht. Vielleicht besteht ja daran Interesse, dass die Mitglieder des Ortsbeirates Kleinlinden eine Ortsbeirats-Boulemannschaft bilden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER ORTSVORSTEHER:

(gez.) Herlein

DIE STELV. SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Allamode